

## **Beschlüsse**

zur Drucksachenummer

**00040/2014**

**Stellungnahme der Oberbürgermeisterin zum Bericht des Beratenden Beauftragten für die Landeshauptstadt Schwerin**

---

### **Beschlüsse:**

<b>15.09.2014</b>	<b>Stadtvertretung</b>
<b>002/StV/2014</b>	<b>2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung</b>

### **Bemerkungen:**

1.

Es liegt zur Stellungnahme der Verwaltung und zum Prüfbericht PWC eine Stellungnahme der Mitglieder der Stadtvertreter Frau Petra Federau, Herr Dr. Andreas Oling und Herr Dirk Lerche vom 09.09.2014 vor.

Des Weiteren liegen folgende Änderungsanträge zur Stellungnahme der Verwaltung vor:

- Änderungsantrag Fraktion Unabhängige Bürger vom 09.09.2014
- Änderungsanträge Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.09.2014 zur Grundsteuer A und zum Nahverkehr

2.

Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses Herr Peter Brill beantragt folgende Änderung in der Stellungnahme der Verwaltung:

Auf Seite 14 der Stellungnahme wird am Ende des Punktes 6.4 folgender Text eingefügt:  
„Die Ausführungen zur Qualitätsbewertung der Leistungen der Träger entsprechen nicht der Auffassung der Landeshauptstadt Schwerin. Aus Sicht der Landeshauptstadt Schwerin ist es Aufgabe und Ziel, durch Beispiele der täglichen Arbeit den Qualitätsentwicklungsprozess zu entwickeln und zu forcieren.“

Die Oberbürgermeisterin erklärt, dass sie die Änderungen des Jugendhilfeausschusses übernimmt.

3.

Der Stadtpräsident stellt die Änderungsanträge der Fraktion Unabhängige Bürger und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

3.1.

Änderungsantrag der Fraktion Unabhängige Bürger vom 09.09.2014

Die Stellungnahme der Verwaltung zu Pkt. 5.3 des Berichts des Beratenden Beauftragten, Thema "Zeitweise Abschaltung der Straßenbeleuchtung" wird wie folgt neu gefasst:  
„Die Maßnahme wird abgelehnt.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei fünf Dafürstimmen und vier Stimmenthaltungen abgelehnt

3.2

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Nahverkehr

Der Pkt. 5.5 Fahrtariferhöhung im ÖPNV der Stellungnahme der Verwaltung wird wie folgt neu gefasst:

„Die Maßnahme wird abgelehnt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 12 Dafür-, 25 Gegenstimmen und fünf Stimmenthaltungen abgelehnt

3.3

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Grundsteuer

Der Pkt. 4.1.1 Grundsteuer A der Stellungnahme der Verwaltung wird wie folgt neu gefasst:

„Die Maßnahme wird abgelehnt.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei fünf Dafürstimmen und vier Stimmenthaltungen abgelehnt

4.

Die Oberbürgermeisterin hat in der Sitzung des Hauptausschusses am 09.09.2014 auf Anregung der CDU-Fraktion die Beschlussvorlage in Punkt 2 des Beschlussvorschlages wie folgt geändert:

2. „Die Stadtvertretung schließt sich den Inhalten der Verwaltungsstellungnahme an und beauftragt die Oberbürgermeisterin, das Ministerium für Inneres und Sport entsprechend zu unterrichten.“

5.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

1. Die Stadtvertretung nimmt den Bericht des Beratenden Beauftragten – Stand 27.05.2014 – (Anlage 1) und die Stellungnahme der Verwaltung – Stand 31.07.2014 – (Anlage 2) zur Kenntnis.
2. Die Stadtvertretung schließt sich den Inhalten der Verwaltungsstellungnahme an und beauftragt die Oberbürgermeisterin, das Ministerium für Inneres und Sport entsprechend zu unterrichten.
3. Die Stadtvertretung nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Beratungstätigkeit des Beauftragten im Bereich Jugendhilfe fortgesetzt werden soll. Sie nimmt ferner zur Kenntnis, dass die Prüffthematik „Anpassung der Stellenanpassung der Stadtverwaltung“ noch weiter bearbeitet wird. Dazu wird eine Arbeitsgruppe

bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Beauftragten, der Stadtverwaltung und des Personalrates der Stadtverwaltung gebildet.

4. Die Stadtvertretung nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Oberbürgermeisterin beabsichtigt, den umliegenden Landkreisen das Angebot zu unterbreiten, bezüglich aller städtischen Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches (Anlage 3) in eine Prüfung einzutreten, ob diese zukünftig effektiver in Form interkommunaler Zusammenarbeit erledigt werden können.

6.

Der Stadtpräsident stellt die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses in der Fassung der redaktionellen Änderung der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin (siehe Punkt 2 unter Bemerkungen) zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

1. Die Stadtvertretung nimmt den Bericht des Beratenden Beauftragten – Stand 27.05.2014 – (Anlage 1) und die Stellungnahme der Verwaltung – Stand 31.07.2014 – (Anlage 2) zur Kenntnis.
2. Die Stadtvertretung schließt sich den Inhalten der Verwaltungsstellungnahme an und beauftragt die Oberbürgermeisterin, das Ministerium für Inneres und Sport entsprechend zu unterrichten.
3. Die Stadtvertretung nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Beratungstätigkeit des Beauftragten im Bereich Jugendhilfe fortgesetzt werden soll. Sie nimmt ferner zur Kenntnis, dass die Prüfform „Anpassung der Stellenanpassung der Stadtverwaltung“ noch weiter bearbeitet wird. Dazu wird eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Beauftragten, der Stadtverwaltung und des Personalrates der Stadtverwaltung gebildet.
4. Die Stadtvertretung nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Oberbürgermeisterin beabsichtigt, den umliegenden Landkreisen das Angebot zu unterbreiten, bezüglich aller städtischen Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches (Anlage 3) in eine Prüfung einzutreten, ob diese zukünftig effektiver in Form interkommunaler Zusammenarbeit erledigt werden können.

### **Abstimmungsergebnis:**

bei 25 Dafürstimmen und 12 Stimmenthaltungen beschlossen